

Baruther Anzeiger

Beitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Geschieht Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugsgeb. freibleibend für den Monat ein Goldmark. Schriftleiter: Johannes Sächse, Baruth (Markt). Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Wiederholung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebeldes.



Anzeigenpreis: Die sechsgepaaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigegepaaltene Kleinzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Sächse, Baruth (Markt).

Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unbedeutend geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 66

Donnerstag, den 3. Juni

1926

Pilsudski zum Staatspräsidenten gewählt.

Warschau. Im Sejm ver sammelte sich die polnische Nationalversammlung, um den neuen Staatspräsidenten zu wählen. Eine große Menge Abgeordneter und Politiker war versammelt, die in ihren Klubräumen Beratungen abhielten. Die Rechte hatte sich im letzten Augenblick entschlossen, den polnischen Wojewoden Pilsudski als Präsidentschaftskandidaten aufzustellen. Die deutsche Fraktion hatte offiziell erklärt, daß sie für Pilsudski stimmen würde. Die nationale Arbeitspartei hatte ihren Mitgliedern freie Hand gegeben, nach eigenem Ermessen zu stimmen.

Zu der Sitzung hatten sich 70 ausländische Journalisten eingetragen, darunter acht amerikanische und acht deutsche. Die Straßen um das Sejmgebäude waren durch ein starkes Polizeiaufgebot abgeschlossen, so daß niemand außer den Abgeordneten, höheren Beamten und Pressevertretern zu dem Sejmgebäude zugelassen wurde.

Die polnische Nationalversammlung wählte mit 292 Stimmen in Warschau Pilsudski zum Staatspräsidenten. Der Kandidat der Rechten, der Wojewode von Posen, Pninski, erhielt 193 Stimmen.

Pilsudski lehnt die Wahl ab.

Warschau. Marschall Pilsudski hat die Wahl zum Staatspräsidenten aus verfassungsrechtlichen Bedenken abgelehnt und Professor Siedziowski, Warschau, sowie Professor Ignacy Moscicki, Lemberg, zur Wahl an seiner Stelle vorgeschlagen.

Sejm-Marschall Rataj erklärte in Anwesenheit des Ministerspräsidenten Bartel vor Vertretern der polnischen Presse, daß Marschall Pilsudski die Wahl zum Staatspräsidenten nicht annehme. Sein Beschluß sei unumkehrlich. Infolgedessen hat Sejm-Marschall Rataj für Dienstag die Nationalversammlung wiederum einberufen, um die Wahl des neuen Staatspräsidenten vorzunehmen. Der Entschluß Pilsudskis hat in politischen Kreisen eine starke Erregung hervorgerufen. Die Folgen der Entschcheidung des Marschalls Pilsudskis lassen sich zurzeit noch nicht in ihrem ganzen Umfange übersehen.

Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin. Das Reichskabinetts erledigte in einer Sitzung am Montag laufende Angelegenheiten, da einige Mitglieder des Kabinetts noch nicht in Berlin anwesend sind. Im Anschluß an die Kabinettsitzung wurde in einer Ministerbesprechung die Frage der Neubestellung des Justizministeriums und des Ministeriums für die besetzten Gebiete erörtert. Man kam zu der übereinstimmenden Ansicht, daß diese Angelegenheit erst in der nächsten Woche nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages mit den Parteiführern besprochen werden soll, ehe ein endgültiger Beschluß gefaßt wird. Im allgemeinen neigt man der Ansicht zu, daß der gegenwärtige Zustand möglichst unverändert bis zum Herbst aufrechterhalten werden soll. Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Freiherr Langewerth von Simmern, erstattete dem Reichskanzler Dr. Marx einen eingehenden Bericht über die Entwicklung der Lage im besetzten Gebiet.

Aufhebung der Immunität des Abg. Wulle.

Berlin. Der Geschäftsordnungsausschuß des Preussischen Landtages stimmte dem Antrage auf Aufhebung der Immunität des Abg. Wulle (Dill.) gegen die Stimmen der Kommunisten zu.

Säckerlich.

Berlin. Einer schwedischen Militärkapelle, die in Düsseldorf auf der Gelei spielen sollte, ist durchschießen die Einreiseerlaubnis nicht erteilt worden. Nach den Bestimmungen des Verfallers Vertrags dürfen deutsche Militärkapellen in der entmilitarisierten Zone nicht spielen, da die Enterte die Kapellen als Annehmungen von Militärpersonen auffassen könnte. Aus diesem Grunde mußte auch das Spielen der schwedischen Militärkapelle unteragt werden, da sich sonst Schwierigkeiten hätten ergeben können. Es schweben aber diplomatische Verhandlungen mit der Botschafterkonferenz, um künftighin die Erlaubnis zum Spiel für Militärkapellen in der entmilitarisierten Zone zu erreichen.

Kranzniederlegung für die Stageraal-Kämpfer.

Kopenhagen. Zum zehnjährigen Gedenktage der Schlacht im Stageraal wurde von dem gegenwärtigen Gesundheitsrat bei der deutschen Gesandtschaft in Kopenhagen, Freiherrn von Wettsäcker, der seinerzeit als Adjutant des Flottenhegts Admiral Scheer an der Schlacht teilgenommen hat, am Grabe der in Stagen beidigten deutschen Seeleute, die nach der Schlacht an der baltischen Küste angetrieben worden waren, ein Kranz niedergelegt.

Der „Putzsch“ vor dem Landtag.

175. Sitzung, Dienstag, den 1. Juni.

Auf der Tagesordnung selber stand als einziger Punkt die erste Beratung eines Ergänzungsetats für das Ministerium des Innern, und zwar zum

Kapitel Polizei.

Die neuangeforderten Mittel für die Polizei sind vorerst nur insoweit gedeckt, als noch ein Minus von etwa 16 Millionen bleibt. Dieses Defizit soll noch vor endgültiger Verabschiedung des Gesamtetats ausgeglichen werden. Die Mehrausgaben werden im übrigen zum Teil mit den vermehrten Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge begründet.

Die allgemeine Besprechung eröffnet Abg. Marxwald (Soz.) Er verlangt, daß für die Beamten der Schutzpolizei so schnell wie möglich dieselben Rechte gewährt werden, wie für die übrigen Beamten.

Der nächste Redner war der deutschnationale Abg. Borch. Er verzichtet darauf, Einzelfälle aus der Personalpolitik des Ministers Geering vorzutragen. Das ändere nichts an der ablehnenden Kritik seiner Partei. Der Fall des Hauptmanns Bender zeige zur Genüge, wie berechtigt diese ablehnende Haltung sei. Als freier Staatsbürger in Zivil und außer Dienst hat der Hauptmann Bender an einer Versammlung teilgenommen; deshalb wurde er vom Dienst suspendiert. Der Minister verlangt unbedingte republikanische Gesinnung von seinen Beamten. So wird die Beamtenliste einfach in den Parteibetrieb hineingegen. Wenn die Reichsverbände sich zusammenschließen, um sich gegen die rote Gefahr zu schützen, so ist das einfach eine Selbstverfechtung!

Die Hausdurchsuchungen waren gescheitert!

Man hat einfach nach der Parole gefandelt: Verdächtige mit Schmutz beschmieren; etwas wird schon hängen bleiben!

Abg. Stieler (Ztr.) fragt, was dem Polizeibeamten passiert wäre, der sich unter der Monarchie gegen den Staat gewandt haben würde. Der Beamte habe unbedingt und reslos zur Verfügung zu stehen, auf die er den Eid geleistet hat. Wer vom Staate lebt, hat den Staat zu bejahen.

Ministerialdirektor Dr. Wegg nimmt in Vertretung des Ministers des Innern das Wort zu der jüngsten Polizeisitzung. Schon seit langem habe das Ministerium des Innern Nachrichten über hochverräterische Umtriebe in rechtsradikalen Kreisen gehabt. Als am 10. Mai der Berliner politische Polizei der Distriktsplan und die Namen der dafür in Aussicht genommenen Persönlichkeiten bekannt geworden seien, sei es bei der vorliegenden Gefahr im Verzuge nach §§ 105 und 161 St.P.O. geradezu Pflicht der Polizei gewesen, unverzüglich einzuschreiten. Daß bei verschiedenen Persönlichkeiten kein Belastungsmaterial gefunden worden sei, sei auf ein vorzeitiges Bekannwerden der polizeilichen Aktion zurückzuführen. Die Angriffe gegen die Regierung wegen der Berufsfindung von Briefen, die bei den Hausdurchsuchungen gefunden seien, seien durchaus unbegründet; es sei seit der Staatsumwälzung ein anerkanntes Notrecht des Staates, die Öffentlichkeit über Gefahren, die dem Staate drohen, schnellstens zu unterrichten, um die staatsstreue Bevölkerung zum Schutze des Staates zu mahnen.

Abg. Mehenz (D. Sp.) meint, man habe in keiner Weise aus dem, was Ministerialdirektor Wegg vorgebracht hat, ein Bild davon gewinnen können, was angeblich dem Staat drohte. Ein Vergleich mit dem Rapp-Putzsch sei nicht möglich, weil damals eine geschlossene Gruppe, wohl bewaffnet, in der Hand eines Führers vorhanden war. Jetzt habe der Ministerpräsident selbst zugegeben, daß

an einen Putzsch nicht zu denken

war. Von den riesigen Waffenvorräten seien schließlich nur zwei Gewehre und zwei Karabiner übriggeblieben. Es sei ein schweres Verbrechen vom preussischen Staat, wenn er die Polizei in eine Situation hineinbringe, in der sie sich bis auf die Knochen blamieren muß. Die Annahme, daß die Wirtschaftsführer im Westen in keinerlei Putzsch verwickelt seien, habe sich als voll berechtigt erwiesen, denn der Oberstaatsanwalt habe Herrn Wegler das beschlagnahmte Material mit einem entschuldigenden Schreiben zurückgegeben und zum Ausdruck gebracht, daß er die Sausuchung nicht angeordnet habe.

Es kam dabei zu einem Zusammenstoß zwischen dem kommunisten Kasper und dem deutschnationalen Abg. Rönneke. Mittelparteier traten dazwischen und brachten die Streitenden auseinander.

Dr. Held über die christliche Bauernschaft.

Augsburg. In einem in Augsburg stattgefundenen großen Bauern- und Kurienrat sprach der bayerische Ministerpräsident Dr. Held u. a. folgendes:

„Die Regierung misst dem Bauernstand, insbesondere dem christlichen Bauernstand, die größte Bedeutung bei. Der Bauernstand bedeutet für die ganze Welt die Grundlage der Wirtschaft und eines konservativen Staatsgebildes. Von der Regierung geschieht alles, um dem Bauernstand über die Not der Zeit hinwegzuhelfen.“

Der Radikalismus unserer Tage

ist der Feind des Staates, der Ordnung und damit der öffentlichen Wohlfahrt. Auch dafür danke ich Ihnen, daß

Sie sich diesem Radikalismus nicht in die Arme geworfen haben. Vertrauen Sie mit den übrigen Ständen der Staatsregierung, die auf Gesetzmäßigkeit steht und nach christlichen Grundsätzen das Volk regiert sehen will. Mögen auch dunkle Tage kommen: wenn wir einig sind, dann wird uns auch unser Herrgott nicht verlassen; je größer die Not, desto näher die Hilfe unseres Herrgotts.“

Staatspräsident Moscicki.

Der neue Staatspräsident Prof. Moscicki wurde im Jahre 1867 in Wierzanowice bei Plock geboren, hat am Polytechnikum in Riga studiert, arbeitete von 1892 bis 1897 in London, später in Freiburg in der Schweiz. Seit 1918 war er Leiter einer chemischen Abteilung an der Polytechnischen Lehranstalt in Lemberg und wurde später Generaldirektor des Obergalzesischen Stickstoffkonzerns in Chorzow. Er hat einige Werke über die chemische Industrie in Polen geschrieben und wurde von den polytechnischen Lehranstalten in Lemberg und Warschau zum Ehren doktor ernannt. Moscicki ist politisch nie tätig gewesen und ist in politischen und parlamentarischen Kreisen auch völlig unbekannt. Er gilt als Vertrauter des Marschalls Pilsudski, dessen politische Ideen er wird auszuführen haben. Seine Beziehungen zu Pilsudski verbandt er seinem Sohne, einem Legionistenoffizier.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten im Mai.

Berlin. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) beläuft sich nach den Bestimmungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Mai auf 139,9 gegen 139,6 im Vormonat. Sie hat sich im Juni um 0,2 Prozent erhöht. Bei den Ernährungsangaben wurden Preissteigerungen für Brot und Mehl, Gemüse und Kartoffeln durch das weitere Nachgeben der Preise für Milch und Milchzucker sowie Eier zum großen Teil ausgeglichen. In einzelnen Teilen des Reiches sind auch die Ausgaben für Wohnung gestiegen.

Erwerbslosenunterstützung für Kriegshinterbliebene.

In einem Rundschreiben des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt wird ein Schreiben des Reichsarbeitsministers bekanntgegeben, worin darauf hingewiesen wird, daß die Grundätze für die Gewährung von Erwerbslosenunterstützung, die im Schreiben vom 28. Januar d. J. entwickelt wurden, fernerhin auch auf die Kriegshinterbliebenen anzuwenden sind. Für diese Personen werden die über die Unterstützungsgehalte entscheidenden Stellen nach pflichtgemäßem Ermessen unter Umständen eine erhöhte Bedürftigkeit anerkennen und ein entsprechend erhöhtes Existenzminimum festsetzen können.

Feierliche Inthronisation des Bischofs von Danzig.

Danzig. In der Kathedrale von Oliwa fand die feierliche Inthronisation des ersten Bischofs von Danzig, Graf O'Rourke, statt. Nach Bildung eines eigenen Bistums von Danzig war Graf O'Rourke durch eine päpstliche Bulle am 3. Januar 1926 zum ersten Bischof von Danzig ernannt worden. Nach einer Prozession durch die Ortshaupt Oliva und den kirchlichen Zeremonien in der Kathedrale fand im Remter des Klosters Oliva eine Gratulationsfeier statt, bei der Senatspräsident Dr. Sahm als Staatsoberhaupt den neuen Bischof begrüßte und auf die Bedeutung der Bildung eines dem Heiligen Stuhl unmittelbar unterstellten Bistums Danzig hinwies.

Internationaler Kongress für innere Mission.

Weiterführung der Stockholmer Debatte.

Amsterdam. In seiner Eröffnungssprache bezeichnete Präsident Dr. Seeburg es als ein freudiges Zeichen der Zeit, daß der Zusammenschluß zu einem internationalen Verband der inneren Mission möglich gewesen sei. Nicht um eine Uniformierung handele es sich dabei; je individueller die Entwicklung sich in jedem einzelnen Lande vollziehe, desto mehr könne geleistet werden, desto notwendiger werde aber auch das Säkularisieren. In diesem Sinne habe man es gewagt, diesen ersten Kongress einzuberufen, und die große Anzahl der ersten Teilnehmer habe gezeigt, daß dieser Beschluß richtig gewesen sei.

Mit dem ersten Thema „Kirche und Kultur“, in dessen Behandlung dann eingetreten wurde, führt der Kongress die Stockholmer Debatte vom vergangenen Jahre über die großen grundsätzlichen Fragen weiter, die sich aus der Mitarbeit der Kirchen im kulturellen und öffentlichen Leben ergeben. Berichterstatter ist Universitätsprofessor Dr. Karl Barth-Münster. Korreferent ist der Holländer Dr. Wielenga aus Amsterdam.